

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 83 (1989)
Heft: 10

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Frieden in Gerechtigkeit"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den Zeilen finde ich beim Wiederlesen höchstens eine Ahnung davon: «Die Welt der Stadt interessierte ihn, aber sie lockte ihn nicht. Wenn Leute glaubten, mit ihm herablassend wie mit einem Analphabeten reden zu müssen, verstummte er. Nicht weil er beleidigt war, sondern weil es sinnlos wäre, mit ihnen ein Gespräch zu führen. Nur seine Augen und seine Mundwinkel verrieten seine Überlegenheit an Erfahrung, wenn wir uns anfänglich unbeholfen und unsicher mit den Problemen des Kochens und Waschens ohne Strom, fliessendes Wasser und technische Hilfsmittel herum-schlügen oder uns im Nebel in den Karrenfeldern verirrt hatten und zu erklären versuchten, wo überall wir durchgekommen seien. Aber er war auch nicht zu stolz, nach der Bedeutung eines Wortes zu fragen, unter dem er sich beim besten Willen nichts vorstellen konnte. Es wird mir unvergesslich bleiben, wie wir, wie oft, im Dunkel vor dem Transistorradio sassen und gemeinsam ein Hörspiel verfolgten, in dem ein Spiegelkabinett auf einem Rummelplatz vorkam. Wir kreisten dieses Gebilde solange mit Fragen und Erklärungen ein, bis wir uns förmlich in den Zerrspiegeln widersahen.»

Selten kamen auf einen Artikel so eindrückliche Reaktionen. Manchmal unbe-

holfen geschriebene Briefe von Leuten, die den Verstorbenen persönlich kannten. Dank für den «schönen Nekrolog» auf einen, «der von gewisser Seite als unfreundlicher und wildborstiger Querulant titulierte, ja sogar verschrien wurde» und doch «ein beholfener und friedliebender Mensch» gewesen sei. Dazu die Berichte von Erlebnissen mit ihm. Der letzte kam von einem Auswanderer aus Neuseeland. Ein paar Wochen hinterher, «denn wir wohnen eben auf der anderen Seite der Welt». Der gebürtige Schwyzer nahm an, ich würde wieder Menschen dieser Art begegnen: «Es hat noch mehr solche auf den schönen Schweizeralpen.» Vielleicht war er schon zu lange weg und hat die raschen, tiefen Veränderungen nicht mehr erlebt. Vielleicht habe ich nicht wirklich gesucht. Ich fand jedenfalls stets nur Teile des Ganzen.

Bald gibt es wohl die Voraussetzungen nicht mehr. Wie jener im Tal von einem einzelnen Auto, werden diese von immer höher führenden Strassen überfahren und all den anderen Verbindungen zu einem besseren, einfacheren Leben. Einfacher! Wie richtig und doch völlig falsch dieses Wort hier ist.

Hans Steiger

Georg K. Glaser, Geheimnis und Gewalt, Ein Bericht. Neuausgabe 1989. Verlag Stroemfeld/Roter Stern, Basel, 592 Seiten, Leinen, Fr. 46.–.

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

«Frieden in Gerechtigkeit»

Über den Wert der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel entscheidet die Praxis, die ihr folgt. Das Schlussdokument «Frieden in Gerechtigkeit» stellt selber fest, «dass die Europäische Ökumenische Versammlung Teil eines Prozesses und nicht ein einmaliges Ereignis ist. Was nach Basel geschieht, wird von grösster

Wichtigkeit sein» (95).¹ Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten sollten sich aktiv in diesen Prozess einschalten und bei aller berechtigten Skepsis gegenüber einem weiteren kirchlichen «Papier» doch zur Kenntnis nehmen, worauf sich in Basel nahezu 700 Delegierte aus den 120 Mitgliedskirchen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)

und den 25 Bischofskonferenzen des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) einigen konnten. Es ist gewiss ein «Zeichen der Zeit», wenn sich die europäischen Kirchen zum ersten Mal nach rund 450 Jahren wieder versammeln und ein gemeinsames Dokument erarbeiten, das für «Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung» eintritt.

Für eine politische Verkündigung

Das Entscheidende, das uns Mut macht, vorweg: Das Dokument «Frieden in Gerechtigkeit» enthält die klare Absage an jede Verkürzung der biblischen Botschaft auf eine Jenseitsreligion. Es heisst hier unmissverständlich: «*Wir halten es für wesentlich, dass die lebenswichtigen Anliegen von Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung nicht vom Auftrag der Kirche zur Verkündigung des Evangeliums getrennt werden*» (79). Noch prägnanter hatte der Erfurter Propst Heino Falcke in der Eröffnungspredigt formuliert: «Die Frage dieser Tage kann nicht lauten: Wie politisch darf die Kirche werden? Die Frage ist, ob uns die Liebe zu Christus erfüllt, sein Frieden und seine Gerechtigkeit uns bewegen, wie politisch und brisant auch immer es dann werden mag.»²

«Basel» spricht nicht nur vom «neuen Menschen», sondern auch von neuen «Strukturen der Liebe» (22). Ein bürgerliches Christentum, das noch glaubt, sich mit einem blossen «Gesinnungswandel» des Individuums begnügen zu dürfen, bekommt zur Antwort: «*Persönliche Erneuerung und die Veränderung der Strukturen*» sind «zwei Seiten derselben Medaille» (71).

Die Basler Versammlung spricht von «Strukturen, die Ungerechtigkeit, Gewalt, Verschwendung und Zerstörung ausbreiten». Sie seien «das Ergebnis der Sünde des Menschen» und vermöchten «oft den Kurs der Zukunft zu bestimmen» (43). In Anlehnung an die Sozialzyklika «*Sollicitudo rei socialis*» hatte der erste Entwurf noch nach «*Strukturen der Sünde* gefragt», «für die Europa mitverantwortlich» ist.³ Da Strukturen, die Unrecht verbreiten, wohl auch «Strukturen der Sünde» sind, handelte es sich für die Delegierten vielleicht nicht um ein theologisches, sondern um ein ter-

minologisches Problem. Nur, der Begriff «Strukturen der Sünde» ist insofern präziser, als er individuelles Fehlverhalten im Kontext gesellschaftlichen Unrechts begreift und uns nahelegt, diese Strukturen nicht weniger entschieden zu bekämpfen als die persönliche Sünde. Es war kein geringerer als Karl Rahner, der noch kurz vor seinem Tod betonte, dass «solche Strukturen, die einerseits durch persönliche Schuld entstehen und andererseits zu neuer Sünde» und «zur Verzweiflung von Menschen» führen, «wirklich sündig sind, also auch mit aller Negation bekämpft werden müssen, die ein Christenmensch gegenüber der Sünde hat»⁴.

Gerechtigkeit

Konsequent und konkret ist das Dokument in der Frage weltweiter Gerechtigkeit. Es geht aus von den 950 Millionen Menschen, die «heute nicht das Notwendigste zum Leben haben» (9). Die *Schuldenkrise* und ihre Folgen für die Verelendung von Mensch und Umwelt werden am Beispiel Brasiliens aufgezeigt (14). Die Basler Versammlung verlangt Schuldenerlass für die «ärmsten Entwicklungsländer» und Schuldenerleichterung «für alle verschuldeten Länder, einschliesslich derer in Osteuropa» (84). «Eine neue Weltwirtschaftsordnung» (72) soll Kapitalflucht verhindern, die Politik des Internationalen Währungsfonds verändern und die Terms of Trade revidieren (84). Das Dokument mahnt Ost und West, sich nicht zulasten der Dritten Welt auf einen Scheinfrieden zu einigen: «Entspannung und Versöhnung in Europa dürfen allerdings nicht auf Kosten der Länder in Asien, Afrika, Mittel- und Lateinamerika geschehen» (56)

Scharf verurteilt wird «die *Apartheid in Südafrika*», die «als System nicht reformierbar und deshalb abzuschaffen» sei. An «die Kirchen, Gemeinden und einzelnen Christen» ergeht die Aufforderung, «sich aktiv auf das «minimale Aktionsprogramm» diplomatischer und wirtschaftlicher Massnahmen (wie Kohlenembargo, keine neuen Darlehen, Sperrungen der direkten Flugverbindungen) zu verpflichten, wie es vom Südafrikanischen Kirchenrat und von der Katholischen Bischofskonferenz im Südlichen Afrika beim Besuch ihrer Delegation

in Europa im Mai 1988 dringend erbeten wurde» (84).

Rassismus gibt es aber nicht nur in Südafrika, «institutionalisiert» wird er auch «im Falle der *Einwanderungsgesetze bestimmter europäischer Länder*» (84). «Das europäische Haus sollte ein *offenes Haus* sein, ein Ort der Zuflucht und des Schutzes, ein Ort des Willkommens und der Gastfreundlichkeit, wo Gäste nicht diskriminiert, sondern als Mitglieder der Familie behandelt werden» (68). «Vor allem die *Flüchtlings- und Asylantenpolitik*» gilt als «Testfall für die Offenheit Westeuropas» (62). Die Basler Versammlung verlangt nicht mehr und nicht weniger als «die Abschaffung aller Restriktionen gegen diese Menschen» (85). Das Widerstandsrecht für Leib und Leben der Asylsuchenden wird bejaht; denn «vorrangig» ist die Treue zu Gott, «*alle anderen Loyalitäten (gegenüber Staat, Kultur oder sozialer Gruppe usw.) sind demgegenüber zweitrangig*» (77)

Eine der grossen Schwächen von «Basel» liegt im Mangel an Kriterien für eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Europa. Zwar sieht das Dokument, wie «sogar in den reichen Industrienationen» immer mehr Menschen «unter dem Existenzminimum leben» (9). Im «gemeinsamen europäischen Haus» dürfe «nicht zugelassen werden, dass sich die Lage einiger Teile verschlechtert, während andere in Luxus glänzen» (66). Zwar fallen starke Worte «gegen die Ungerechtigkeit der Massenarbeitslosigkeit, gegen die Vernachlässigung der Jugend und das Sich-selbst-Überlassensein der Alten» (68). Aber dass es sich dabei um Systemfehler handeln könnte, die mit den *kapitalistischen* Produktionsverhältnissen zu tun haben, war der Versammlung keine Zeile wert.

«Partizipation» soll zwar auch zur europäischen «Hausordnung» gehören (67). Wie Partizipation sich auf die Demokratisierung in Wirtschaft und Gesellschaft auswirken müsste, fragen wir jedoch umsonst. Was dem Dokument fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit «Perestroika» als sozial-ethischer Herausforderung für die westliche Welt. Es lobt zwar «*die demokratischen Reformen in der UdSSR und in anderen osteuropäischen Ländern*» (51), erwähnt aber mit keinem Wort, wie undemokratisch

Westeuropas Wirtschaft noch strukturiert ist. Dabei gibt es seit 1981 eine Sozialenzyklika, die den «Vorrang der Arbeit vor dem Kapital» postuliert.⁵ Sind Mitbestimmung und Selbstverwaltung kein Thema mehr?

Gewiss wollte die Versammlung die europäischen Völker mit erster Dringlichkeit an ihre Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt erinnern, da hier die Not am grössten ist. Aber geht das so ohne Veränderung der Strukturen in West- und Osteuropa? Wie sollen wir die Wirtschaft dahin bringen, ihr Verhalten gegenüber der Dritten Welt zu ändern, wenn wir sie nicht auch demokratisch mitbestimmen können? Wir dürfen die «*Hoffnung auf einen sich demokratisierenden Sozialismus*» nicht aufgeben, sagt Heino Falcke, zumal «*der Kapitalismus international die Hauptursache der Armut im Süden ist und national die Züge einer postsozialen Gesellschaft annimmt*»⁶. Schade, dass wir solche Sätze nicht auch im vorliegenden Schlussdokument wiederfinden.

Frieden

Starke Worte und eher schwache Konsequenzen enthält das Basler Dokument zur Frage von Krieg und Frieden. Es überzeugt mit der Erklärung, «dass der Krieg nach dem Willen Gottes nicht sein darf», daher «*die Institution des Krieges zu überwinden*» (86) sei. «*Absage an Gewalt*» gilt als der einzige christliche Weg, als Weg der «*Liebe, die sogar den Feind sucht, um ihn zu verwandeln und sowohl Feindschaft wie Gewalt zu überwinden*» (32). «*Gewaltlosigkeit* muss als aktive, dynamische und konstruktive Kraft verstanden werden, die von unbedingter Achtung vor der menschlichen Person ausgeht» (86). Wer zudem «*Erhaltung des Lebens*» als oberstes Kriterium beim Aufbau der gesellschaftlichen Ordnung» (84) anerkennt, kann nicht gleichzeitig die militärische Konfliktlösung akzeptieren. Das gilt ganz besonders für Europa: «*In unseren Ländern oder auf unserem Kontinent gibt es keine Situation, die einen Einsatz von Gewalt rechtfertigen würde*» (61).

Wo nun aber die Fragen von Krieg und Frieden konkret werden, politisiert das Papier mit Kompromissformeln. Gewaltlosig-

keit reduziert sich auf die Forderung, in Europa «rein *defensive Sicherheitsstrukturen* zu entwickeln» (86), womit gewiss auch unsere Militärs gut leben können. Zwar beklagt der Text: «Junge Menschen leiden unter ... zwangsweisem Militärdienst in manchen Ländern ohne die Möglichkeit zur Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen» (85). Aber gleichzeitig will «Basel» es mit jenen nicht verderben, die nach wie vor an militärische Sicherheit glauben: «Diejenigen, die in den *Streitkräften* mit dem Ziel dienen, Rechte und Freiheiten ihrer Völker zu schützen, sollten ihr Amt im Dienst des Weltfriedens ausüben» (86). «Dass die Ökumenische Versammlung in der DDR zum gleichen Thema einen Schritt weiter ging und dem zivilen Dienst einen ethischen Vorrang einräumte, deutet bereits an, dass diese Diskussion im konziliaren Prozess weitergehen wird», schreibt mit Recht ein Pfarrer aus der DDR.⁷ Die Diskussion muss zweifellos solange weitergehen, bis die Kirche ihre Gläubigen zur Militärverweigerung aufruft und ihnen so die Waffen aus der Hand nimmt. Vorher sind Kirche und Ökumene nicht auf der Höhe ihrer prophetischen Aufgabe.

Das Dokument ächtet nicht einmal die *ABC-Waffen*, sondern verlangt lediglich, «die Welt schrittweise von allen Massenvernichtungswaffen zu befreien» (75). Es ruft zwar «alle Länder und Regierungen in Europa auf, sich zusammenzutun und zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, die *Entwicklung, Herstellung, Erprobung, Stationierung sowie den Besitz und die Anwendung von Massenvernichtungswaffen, seien es nukleare, biologische oder chemische Waffen, völkerrechtlich zu verurteilen und folglich zu beenden*» (86). Aber es war der Basler Versammlung offenbar nicht möglich, dem völkerrechtlichen Verbot durch die moralische Verurteilung den Weg zu ebnen, wie es der Ökumenische Rat der Kirchen 1983 in Vancouver getan hat.

Bewahrung der Schöpfung

Bewahrung der Schöpfung meint neuen Lebensstil und Veränderung der Produktionsweisen. «*Umkehr zu Gott (Metanoia) bedeutet heute die Verpflichtung, einen Weg zu suchen ... aus einem Lebensstil*

und aus wirtschaftlichen Produktionsweisen, die die Natur schwer schädigen» (45). Der neue Lebensstil «sollte den Nöten der Armen und Marginalisierten in unseren eigenen Gesellschaften und in der Zwei-Drittel-Welt Rechnung tragen» (85). Neuer Lebensstil, der auch «der Umwelt so wenig Schaden wie möglich zufügt», «bedeutet: weniger Energie verbrauchen, öffentliche Verkehrsmittel benutzen und weniger Abfall erzeugen» (87).

Zur weltweiten Friedens- und Wirtschaftsordnung soll eine «ökologische Weltordnung» (13) hinzukommen, um «eine neue partnerschaftliche Beziehung zwischen dem Menschen und der übrigen Natur» (74) zu ermöglichen. Wir hören dazu die revolutionäre Forderung des Brundtland-Berichtes, «den *Pro-Kopf-Energieverbrauch in den Industrieländern* um fünfzig Prozent zu senken und den *entsprechenden Verbrauch der Dritten Welt* um dreissig Prozent anzuheben» (87).

Blass ist demgegenüber, was zu *Genforschung und Genmanipulation* empfohlen wird: «strenge Gesetzgebung», «Kontrolle» und weitere Auseinandersetzung in den Kirchen zu diesem Thema (87). Die Basler Chemie wird das kaum stören. Hinter allen Erwartungen zurück bleibt die Aussage über die industrielle Nutzung der *Kernenergie*. Die Versammlung hat zwar erkannt, dass mit der Kernkraft «zu viele soziale, technische, ökologische und militärische Risiken verbunden sind», bringt es aber nur bis zur vieldeutigen Formel: «Kernkraft sollte nicht die Grundlage unserer künftigen Energieversorgung sein» (87).

Auf dem niedrigsten ökumenischen Nenner?

Trotz guten Ansätzen fehlt es dem Basler Text gerade in den entscheidenden Fragen am Mut, zur Utopie des Reiches Gottes zu stehen. Christlicher Widerstand gegen die Herrschenden meldet sich nur – aber immerhin – in der Flüchtlings- und Apartheidfrage. Wo immer sonst die Konfrontation mit ihnen unausweichlich würde, regieren die *Kompromissformeln*. Kapitalismus als private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel kommt nicht vor, und dies trotz weltweiter Konzentration von Kapital und

Macht in immer weniger Händen. Strukturen der Sünde werden nicht oder jedenfalls nicht präzise genug an dieser imperialistischen Marktmacht wahrgenommen. Darin bleibt das Dokument noch hinter der katholischen Soziallehre zurück. Umgekehrt liegen die Dinge in der Friedensfrage. Hier hat sich die Nato-freundliche Linie des Wojtyla-Papstes gegenüber den mutigeren Stellungnahmen des ÖRK durchgesetzt. Dass die Kirchen es sich darüber hinaus leisten können, auch noch «ein bisschen» Atomenergie gutzuheissen, ist eine weitere Enttäuschung des Basler Dokuments. Müssen wir künftig damit rechnen, dass Ökumene nur noch dazu führt, die profilierten Positionen der einzelnen Kirchen zu verwässern und – mit deren Zustimmung – zu relativieren? Je ökumenischer, desto schwammiger?

Neu am Basler Dokument ist die Erwähnung des *Sexismus* als einer «der Ursachen für die globale Krise», insbesondere für die «Feminisierung der Armut» (17). Natürlich fordert auch diese Kirchenversammlung: «Jede Diskriminierung von Frauen, zum Beispiel bei Entlohnung und Einstellungs-chancen sollte beseitigt werden» (84). Und natürlich sollen die Kirchen die «Beteiligung von Frauen am Entscheidungsprozess und am kirchlichen Leben» verbessern (84). Doch die Beteiligung von Frauen am «Entscheidungsprozess» meint noch nicht die Beteiligung an der «Entscheidung» selbst... Das Papier fordert im übrigen zwar «einen tiefgehenden Dialog mit der feministischen Theologie» (84), nimmt aber kaum Notiz von deren Kritik am GFS-Prozess.⁸ Unterschiedlos heisst es noch immer: «Wir haben versagt, weil wir Kriege verursacht ... haben» (43). Das «wir» als Subjekt der Kriegführung wäre doch etwas deutlicher als männliches zu benennen. «Vergötzung sowohl der konkreten Strukturen der Gewalt wie des Militarismus» (45) wird zu Recht verurteilt, das Patriarchat als Subjekt solchen Tuns aber wiederum zu wenig deutlich herausgestellt.

Vor allem ist das Basler Dokument sich des *Subjekts* seiner Botschaft nicht sicher. Es regt «die *Bildung von ökumenischen <Shalom-Diensten> an*» (80) und fordert «die Kirchen und Christen in Europa auf, in einen *Rezeptionsprozess* einzutreten» (95). Insbesondere die «Ortskirchen» sollen «die

Analysen konkreter ausarbeiten und die Verpflichtung zum Handeln präzisieren» (95). Was es braucht, ist aber weit mehr: Basisgruppen, Basisgemeinden, die nicht Papiere «rezipieren», sondern Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung «vor Ort» praktizieren, Christinnen und Christen auch, die ohne Berührungs-ängste in jenen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien arbeiten, die im Sinne von GFS tätig sind – und das sind in der Regel nicht gesellschaftliche und politische Formationen, die sich «christlich» nennen.

Solange der Adressat kirchlicher Verkündigung in Westeuropa ein privilegiertes mittelständisches Publikum ist, wird das Basler Dokument ein «Rendez-vous der schönen Worte» bleiben und auch nicht durch mutigere Stellungnahmen überholt werden. Die Gute Nachricht wurde den Armen, den Geknechteten, den Gefangenen geschenkt (Lk 4, 18). Sie wären folglich auch das Subjekt der Veränderung, an das kirchliche Verkündigung sich wenden, mit dem sie solidarisch sein müsste. Protestierende Jugendliche der Bewegung Alte Stadtgärtnerei riefen es den versammelten Kirchenleuten am ökumenischen Schlussgottesdienst in Erinnerung: «Der momentan harmonisch zelebrierte Friede ist trügerisch und wird schon bald wieder durch Polizeigewalt zerschlagen! Beweist, dass euer Friedenswille echt ist!!»

1 Ich folge der vorläufigen deutschen Übersetzung in: Schweizerische Kirchenzeitung, 19. Juni 1989. Die Zahlen verweisen auf die Randnummern dieses Dokuments. Kursiv gesetzte Zitate entsprechen dem Original.

2 Zit. in: Peter Felber / Xaver Pfister (Hg.), Gerechtigkeit und Frieden umarmen sich, Europäische Ökumenische Versammlung Basel 1989, Basel/Zürich 1989, S. 160.

3 Vgl. den Ersten Entwurf «Frieden in Gerechtigkeit» vom Oktober 1988, Ziff. 4, dokumentiert in: NW 1989, S. 61.

4 Zur Problematik der «strukturellen Sünde», in: Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs, 17. März 1984.

5 Vgl. «Laborem Exercens», Zeichen der Zeit, in: NW 1981, S. 297ff.

6 In: Felber / Pfister, a.a.O., S. 35.

7 Götz Planer-Friedrich, in: Felber / Pfister (Hg.), a.a.O., S. 70.

8 Vgl. Feministisch-theologische Thesen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, in: NW 1988, S. 191ff.